

Ölfelder in der Nordsee – Übergewinnsteuer – nicht nur durch GB

geschrieben von Andreas Demmig | 19. Oktober 2023

London, 8. August 2023 – Ein neues Papier der Global Warming Policy Foundation will erklären, wie Öl- und Gasprojekte in der Nordsee besteuert werden, und die weit verbreitete Verwirrung über die Steuergutschriften beseitigen, die Öl- und Gasfeldern am Ende ihrer Lebensdauer zugutekommen.

Während Umweltaktivisten sogenannte Steuergutschriften gerne als „Subventionen“ darstellen, sind sie in Wirklichkeit nichts dergleichen. Sie entstehen, weil die Regierung den Energieunternehmen verboten hat, Geld für die eventuelle Stilllegung von Öl- und Gasfeldern zurückzulegen.

Der Autor der Zeitung, der Wirtschaftsautor Tim Worstall, erklärt die Auswirkungen auf ihre Steuerrechnungen.

„Die Unternehmen zahlen während der Lebensdauer des Feldes zusätzliche Steuern, aber wenn das Feld stillgelegt wird, gibt es kein Einkommen, mit dem die Kosten verrechnet werden könnten. Dadurch erhalten sie eine Steuergutschrift – und weniger Einnahmen für das Finanzministerium.“

GWPF-Direktor Benny Peiser betont diesen Punkt.

„Die Sonderregelungen für Nordseeöl und -felder führen dazu, dass Steuern eher früher als später gezahlt werden, die Höhe der gezahlten Steuern ist jedoch gleich.“ Es handelt sich also nicht um eine Subvention. Das ist nur eine weitere Art und Weise, wie die damalige Regierung jetzt versucht, die Steuereinnahmen zu maximieren, während sie gleichzeitig eine große Lücke für künftige Bilanzen hinterlässt – lange nachdem die Minister in den Ruhestand gegangen sind.“

Worstalls Artikel kann hier heruntergeladen werden : **downloaded here**

Einführung

Es gibt einige Leute, die sich sehr lautstark über die Öl- und Gasfelder in der Nordsee äußern. Es geht um zwei Themen, die in gewissem Maße miteinander verwoben sind. Zusammen sind sie ein schönes Beispiel dafür, wie die Hühner wirklich nach Hause kommen:

Wir sind dort, wo wir sind, weil wir vor Jahrzehnten Entscheidungen getroffen haben.

Die beiden unterschiedlichen Themen sind der Steuersatz für diese Ölfelder – viele sind der Meinung, dass er höher sein sollte – und die hohen Steuergutschriften, von denen die Ölgesellschaften profitieren. Der Nettoeffekt ist, dass die Einführung höherer Steuersätze für die Nordsee in naher Zukunft zu Einnahmeverlusten führen könnte. Dies ist keine Auffrischung des Laffer-Kurven-Arguments. Es ist ein einfaches Ergebnis der Art und Weise, wie die Nordsee in der Vergangenheit besteuert wurde, und natürlich der Tatsache, dass die Schatzkanzler das gesamte eingenommene Geld bereits ausgegeben haben.

Steuern auf überhöhte Gewinne, höhere Steuern

Wir alle verstehen die Forderung, dass die Steuern für diejenigen erhöht werden sollen, die von den durch den Krieg in der Ukraine verursachten hohen Preisen profitieren. Es stimmt, dass die Investitionsentscheidungen dieser Unternehmen in der Vergangenheit nicht in der Erwartung solch hoher Preise getroffen wurden – sie haben in der Tat von einem Unglücksfall profitiert. Es stimmt auch, dass die Investitionen bereits getätigt wurden, so dass eine – sogar übermäßige – Besteuerung durchaus möglich ist; das Ölfeld oder das Bergwerk, das gerade ausgebeutet wird, kann nicht aus dem Besteuerungsgebiet verlegt werden. Folglich kann eine bestehende Bohrinne, ein Feld oder ein Bergwerk bis zum Anschlag besteuert werden; daher die aktuellen Forderungen, genau dies zu tun. In der Tat wird dies bereits getan.

Wie Harbour Energy in seinem letzten Jahresabschluss dargelegt hat:
* Erhöhter EBITDAX von 4,0 Mrd. \$ (2021: 2,4 Mrd. \$) und Gewinn vor Steuern von 2,5 Mrd. \$ (2021: 0,3 Mrd. \$). Der Gewinn nach Steuern in Höhe von 8 Mio. USD (2021: 101 Mio. USD) wurde durch eine einmalige, nicht zahlungswirksame latente Steuerbelastung in Höhe von 1,5 Mrd. USD im Zusammenhang mit der [Windfall Tax ~ Zufallssteuer] beeinträchtigt.

Harbour Energy plc
Halbjahresergebnisse für die sechs Monate bis zum 30. Juni 2023
24. August 2023

Finanzielle Highlights ¹

- EBITDAX von 1,4 Milliarden US-Dollar (H1 2022: 2,0 Milliarden US-Dollar)
- Gewinn vor Steuern von 0,4 Milliarden US-Dollar (H1 2022: 1,5 Milliarden US-Dollar); Verlust nach Steuern von 8 Millionen US-Dollar (H1 2022: Gewinn von 1,0 Milliarden US-Dollar), bedingt durch einen höheren britischen Steuersatz und einmalige Steuerbelastungen

Weitere aktuelle Details finden Sie unter **Halbjahresergebnisse für die sechs Monate bis zum 30. Juni 2023**



Der Steuersatz ist eindeutig beträchtlich, denn die Gewinne sinken [werden abgeschöpft] von 2,5 Mrd. \$ auf 8 Mio. \$.† Niemand bezweifelt also, dass die laufenden Installationen in großem Umfang besteuert werden können. Aber welche Auswirkungen hat dies? Harbour erklärt uns in der gleichen Mitteilung: [Die Zufallssteuer] hat uns dazu veranlasst, unsere Investitionen und den Personalbestand im Vereinigten Königreich zu reduzieren. Angesichts der steuerlichen Instabilität und der Aussichten für Investitionen im Lande hat sie auch unser strategisches Ziel, international zu wachsen und zu diversifizieren, verstärkt.

<https://www.londonstockexchange.com/news-article/HBR/%20full-year-results/15867758>

† Richard Murphy, der Buchhalter, der das Tax Justice Network leitete, hat gesagt, dass dies nicht wirklich zählt, da es sich bei den 1,5 Milliarden Dollar um zukünftige Steuern handelt, die zu zahlen sind. Dies ist eine überraschende Aussage für einen Professor für Rechnungswesen.

Während also ein bestimmter Betrieb nicht aus seinem Steuergebiet verlagert werden kann, ist es durchaus möglich, das Kapital und das Fachwissen an einen Ort zu verlagern, an dem nicht so viele Steuern gezahlt werden müssen. Dies bringt uns zu zwei Grundsätzen der Besteuerung. Beim ersten geht es um „Ressourcenrenten“, und das ist auch der Grund für die Besteuerung des Bodenwerts, die Erhebung von Gebühren von Telefongesellschaften für Frequenzen und so weiter. Manche Dinge sind einfach da, und es gibt keinen besonderen Grund, warum eine Gruppe von Menschen, die als Unternehmen organisiert ist, von diesem Zufall profitieren sollte.

Diese Existenz sollte also besteuert werden, und zwar so lange, bis die Kerne quietschen. Aber es ist nur die bloße Existenz, die besteuert werden sollte. Der Einsatz von Anstrengung, Arbeit und Kapital zur Gewinnung von Rohstoffen ist etwas, das die Menschen auch anderswo tun können, so dass eine „Überbesteuerung“ sie nur dazu ermutigen wird, dies [anderswo] zu tun, was zu Lasten unserer Steuereinnahmen geht. Das ist vielleicht keine gute Idee. Es wurde behauptet, dass Investoren bei ihren Investitionsentscheidungen nicht auf die Rendite nach Steuern achten.

Sogar Warren Buffett hat das behauptet:

Ich arbeite seit 60 Jahren mit Anlegern zusammen, und ich habe noch nie erlebt, dass jemand – nicht einmal als die Kapitalertragssätze 1976-77 bei 39,9 Prozent lagen – wegen des Steuersatzes auf den potenziellen Gewinn vor einer sinnvollen Investition zurückgeschreckt ist. Die Menschen investieren, um Geld zu verdienen, und mögliche Steuern haben sie noch nie abgeschreckt.

Auch wenn es Buffett selbst ist, so ist es doch Unsinn, wie das Vorgehen von Harbour Energy beweist: Das Unternehmen verlagert seine neuen Investitionen in andere Länder, weil die Steuersätze hier zu hoch sind. Ja, wir wissen, es ist Blasphemie, Warren Buffett in Sachen Investitionen zu widersprechen, aber so ist es. Die Menschen investieren tatsächlich auf der Grundlage der erwarteten Erträge nach Steuern. Dieses Konzept ist auch in der Standardökonomie verankert: Unerwartete Steuerausfälle ändern das Verhalten nicht (weil sie unerwartet sind), aber erwartete Steuern schon. Wenn unerwartete Steuern so üblich werden, dass sie erwartet werden, werden sie natürlich das Verhalten ändern. Natürlich hat Gordon Brown in seiner Zeit als Kanzler mindestens zwei solcher Nordseesteuern erhoben. Sie sind nicht mehr so überraschend, so dass sie das Verhalten mehr und mehr ändern; „gelegentlich“ ist schließlich nicht dasselbe wie „unerwartet“.

So wird eine übermäßige Besteuerung der derzeitigen Öl- und Gasfelder in der Nordsee die Zahl der erschlossenen und ausgebeuteten Felder verringern. Eine sinnvolle Definition von „übermäßig“ wäre daher ein Steuersatz, der die Zahl der neuen Felder verringert. Alternativ könnten wir ihn als einen Steuersatz definieren, der „über dem liegt, der notwendig ist, um allein die Ressourcenrenten zu besteuern“. Die Steuertheorie sagt uns, dass beide Definitionen zum selben Ergebnis führen. So weit, so offensichtlich, und der einzige auch nur leicht umstrittene Punkt ist, dass es die Erträge nach Steuern sind, die die Investitionen bestimmen, nicht die vor Steuern. Und das ist so offensichtlich, dass nur die Undenkbaren – oder politisch Engagierten – es leugnen würden.

Das andere Nordsee-Steuerthema

Dies hängt mit dem anderen Thema zusammen, das zur Debatte steht, und

wird durch dieses verkompliziert: Beschwerden darüber, dass die Ölgesellschaften gegenwärtig hohe Steuergutschriften erhalten. Im Gegensatz zu vielen anderen Steuerbeschwerden – Gejammer über „Steuervergünstigungen“ für Abschreibungen und ähnliches – hat dies den Vorzug, dass es tatsächlich stimmt.

Die Ölgesellschaften erhalten erhebliche Steuergutschriften. Um zu verstehen, warum das so ist, brauchen wir zunächst einige Hintergrundinformationen. Bei der Ermittlung ihres steuerpflichtigen Gewinns können alle Unternehmen ihre Betriebskosten von ihrem Einkommen abziehen. Die Stilllegung ist nur eine dieser Ausgaben: Alle Seiten sind sich einig, dass das Aufräumen nach der Stilllegung zum Betrieb einer Ölplattform oder einer Kohlemine gehört. Normalerweise wird das Geld für die Stilllegung während der Laufzeit des Betriebs zurückgelegt: Ein Teil der Einnahmen (oder des Gewinns) aus dem Abbau oder der Förderung wird in eine Rückstellung oder einen Fonds eingezahlt, aus dem am Ende dieses speziellen Raubzugs auf Gaia die Sanierungskosten bestritten werden.

In der Nordsee ist dies jedoch nicht der Fall, da es den Ölgesellschaften untersagt ist, auf diese Weise Geld zurückzustellen. Der Grund dafür ist folgender: Eine Öl- oder Gasgesellschaft, die dies täte, würde ihre ausgewiesenen Gewinne verringern, was bedeuten würde, dass sie weniger Steuern zahlen müsste (so dass die Rückstellungen steuerlich absetzbar wären). Die Politiker akzeptieren, wie alle anderen auch, dass die Stilllegungskosten bei den Ölgesellschaften verbleiben sollten, wehren sich aber mit jeder Faser ihres Wesens gegen den Gedanken, dass dies dazu führen könnte, dass sie Steuereinnahmen verschieben, die sonst sofort eingenommen werden könnten. Anstatt also die Ölgesellschaften zu ermutigen, einen Teil ihrer Gewinne für eventuelle Stilllegungen zurückzustellen, haben die Politiker ihnen dies untersagt. Shell, Exxon und Co. dürften die Kosten erst dann absetzen, wenn sie tatsächlich anfallen. Das Problem bei diesem Ansatz ist, dass ein Ölfeld, sobald es stillgelegt werden muss, in der Regel nichts mehr zu verkaufen hat, was bedeutet, dass die Steuerabzüge zwangsläufig das zu versteuernde Einkommen übersteigen werden.

In diesem Fall verbleibt ein so genannter „Steuerfreibetrag“. Unternehmen erhalten immer wieder Steuergutschriften, vor allem wenn sie Verluste machen. Unter diesen Umständen können sie das Guthaben nutzen, um ihre Steuerrechnungen in künftigen Jahren zu senken. In einer Unternehmensgruppe kann die Gutschrift auch auf ein Schwesterunternehmen übertragen werden. Dies ist der Weg, den Ölgesellschaften nutzen werden, da ein stillgelegtes Ölfeld keine „zukünftigen Jahre“ mehr hat. Die Gutschrift wird auf ein anderes, noch nicht stillgelegtes Feld desselben Eigentümers übertragen. So zahlt nicht nur das stillgelegte Ölfeld keine Steuern, sondern auch andere Ölfelder, die noch in Produktion sind, können ihre Steuerrechnung senken.

Die Medien, insbesondere der Guardian, sind in dieser Angelegenheit ziemlich verwirrt und glauben, dass der Steuerzahler irgendwie für die Stilllegung aufkommt: Die Steuerzahler werden für die Stilllegung der Öl- und Gasinfrastruktur in der Nordsee bis zum Jahr 2065 mehr als 18 Milliarden Pfund zahlen 4 – bestehend aus Steuerrückzahlungen und einer Senkung der Offshore-Körperschaftssteuer. Aber das schreibt der Guardian für Sie. Um es klar zu sagen: Die Ölgesellschaften zahlen für die Stilllegung, wodurch sich ihre Steuerlast entsprechend verringert, genau wie bei jedem anderen Unternehmen auch. Die Gegenleistung für das Verbot, die Stilllegungskosten über die Lebensdauer der Felder zu verteilen, bestand also darin, dass es Steuergutschriften geben würde, wenn die Rechnungen tatsächlich eintreffen. Der Bundeskanzler hat einen Teil der Steuereinnahmen in die Zukunft verlagert. Das hinterließ ein Loch in den zukünftigen Steuereinnahmen, aber das wäre „das Problem von jemand anderem“.

Und nun das große Problem

Damit kommen wir zum eigentlichen Problem der Besteuerung der aktuellen Öl- und Gasförderung in der Nordsee zu diesen überhöhten Sätzen. Das Finanzministerium hat bereits alle Steuereinnahmen, die es aus den alten Feldern erhalten wird, ausgegeben, die es durch das Verbot der Stilllegungsbestimmungen zusätzlich erlangt hat, und steht nun vor einem großen Steuerloch, das es zu füllen gilt, da die Felder stillgelegt werden und die daraus resultierenden Steuergutschriften an die Betriebsgruppen weitergegeben werden. Wie kann das Finanzministerium diese Lücke schließen? Es würde es sehr vorziehen, die Bevölkerung nicht für seine eigene Verschwendungssucht in der Vergangenheit besteuern zu müssen. Am liebsten würde es stattdessen Shell und Co. besteuern, denn Ölkonzerne haben keine Wählerstimmen und wenig Freunde. Aber die einzige Möglichkeit, die Ölgesellschaften zu besteuern, besteht darin, mehr Fördermengen aus der Nordsee zuzulassen. Das könnte sich jedoch als schwierig erweisen, da die Ölinvestoren nach wie vor nicht davon überzeugt sind, dass es gut ist, Geld in das Vereinigte Königreich zu investieren. Die mittelfristigen Aussichten sind nicht vielversprechend, da die Labour-Partei über ein Verbot der Nordsee-Exploration spricht.

Und selbst wenn das nicht passiert, sagen Harbour und Apache [US-amerikanisches Unternehmen mit Firmensitz in Houston, Texas] – um nur zwei Beispiele zu nennen -, dass die derzeitigen Steuerabgaben so hoch sind, dass sie sich ohnehin nicht um die weitere Erkundung, geschweige denn Förderung neuer Felder kümmern werden. Es werden also keine neuen Steuereinnahmen zu erwarten sein. Die Steuereinnahmen aus der Nordsee werden also auf Null sinken, und da Stilllegungskosten anfallen, werden die Ölgesellschaften am Ende hohe Steuergutschriften erhalten, mit denen sie ihre Steuerschuld noch weiter verringern können. All dies bedeutet, dass der Kanzler einen großen Rückgang der Einnahmen verzeichnen wird. Das wird schmerzhaft sein.

Übersetzt durch Andreas Demmig

Zum Thema

Rückzug aus der Nordsee angedacht Öl- und Gaskonzern beklagt Milliarden einbuße durch Übergewinnsteuer

In Großbritannien belastet eine neue Sondersteuer den größten Nordseeölproduzenten. Ein Gewinnsprung von fast 700 Prozent wurde bei Harbour Energy nahezu zunichtegemacht. Der Konzern zeigt sich pikiert.

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/harbour-energy-oel-und-gas-konzern-beklagt-milliardeneinbusse-durch-uebergewinnsteuer-a-a7d29651-5140-45c7-88c9-810452c0cba7>

Jetzt kommt die Übergewinnsteuer für Mineralölkonzerne doch

Veröffentlicht am 22.11.2022 | Lesedauer: 4 Minuten



Von Karsten Seibel

Wirtschafts- und Finanzredakteur

<https://www.welt.de/wirtschaft/article242281517/Uebergewinnsteuer-fuer-Mineraloelkonzerne-kommt-nun-doch.html>